

Glasgow-Erklärung „Ernährung und Klima“

Eine Selbstverpflichtung subnationaler Regierungen, den Klimanotstand durch eine ganzheitliche Ernährungspolitik zu bekämpfen und ein Handlungsauftrag an Nationalregierungen

Diese Erklärung vereinigt Lokalregierungen aller Art und Größe – von Klein- und Mittelstädten bis hin zu Metropolen, Kreis- und Regionalregierungen, Territorien, Bundesländern und Provinzen –, die mit einer Stimme sprechen und sich erneut verpflichten, eine nachhaltige Ernährungspolitik zu entwickeln, Mechanismen für gemeinsames Handeln zu fördern und die nationalen Regierungen aufzufordern, Ernährung und Landwirtschaft in den Mittelpunkt der globalen Antwort auf den Klimanotstand zu stellen.

1. *in Besorgnis* darüber, dass die COVID-19-Krise die Fragilität unserer Ernährungssysteme, die Vulnerabilität großer Teile der städtischen und ländlichen Bevölkerung und die kritische Notwendigkeit von Vorsorge und Resilienz angesichts solcher Schockereignisse offengelegt hat;

2. *in Anerkennung* der Tatsache, dass die Ernährungssysteme derzeit 21-37% [1] der gesamten Treibhausgasemissionen verursachen und im Zentrum vieler der aktuell größten globalen Herausforderungen stehen, darunter der Verlust der biologischen Vielfalt, anhaltender Hunger und Unterernährung sowie eine eskalierende Gesundheitskrise;

3. *in der Erkenntnis*, dass sich entlang der gesamten Nahrungsmittelkette nicht nachhaltige Dynamiken verfestigt haben, die in erster Linie von industriellen Nahrungs- und Landwirtschaftssystemen herrühren;

4. *in der Erkenntnis*, dass das gesamte Ernährungssystem von extremer Ungleichheit durchdrungen ist, die viele gesellschaftliche Gruppen unverhältnismäßig stark betrifft, darunter Menschen, die in Armut leben, Menschen, die Rassismus ausgesetzt sind, Menschen, die auf der Flucht vor den Folgen des Klimawandels oder vor Konflikten sind, Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus und viele andere; und dass darüber hinaus viele dieser Gruppen weltweit für ihre Arbeit ausgebeutet werden;

5. *in der Überzeugung*, dass, daraus resultierend, nur ein Ernährungssystem-Ansatz, der alle Ziele der Agenda 2030 berücksichtigt, wirksame Interventionspunkte identifizieren kann, um den Klimaschutz zu beschleunigen und gleichzeitig viele positive Nebeneffekte zu erzielen, einschließlich der Förderung der biologischen Vielfalt, der Regeneration und Resilienz von Ökosystemen, der Kreislaufwirtschaft, der sozialen Gerechtigkeit, des Zugangs zu gesunder und nachhaltiger Ernährung für alle und der Schaffung stabiler Lebensgrundlagen für die Arbeiter*innen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft;

6. *in Anerkennung* der Notwendigkeit, alle Stakeholder des Ernährungssystems in die Entscheidungsfindung für eine nachhaltige und gerechte Transformation einzubeziehen – einschließlich Arbeiter*innen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft, zivilgesellschaftliche Gruppen, Forschende, Indigene, Frauen und insbesondere die Jugend, deren Zukunft am

meisten durch die Auswirkungen des Klimawandels und den Verlust der biologischen Vielfalt gefährdet ist;

7. *unter Hinweis darauf*, dass Städte und Regionen mit der Entwicklung integrierter Ernährungspolitiken und -strategien auf lokaler Ebene Pionierarbeit leisten, um ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern, einen positiven Wandel des Ernährungssystems voranzutreiben und eine größere Resilienz gegenüber Schockereignissen zu gewährleisten;

8. *aufbauend* auf den zahlreichen Verpflichtungen zu einer nachhaltigen städtischen und regionalen Ernährungspolitik, die Städte, Lokal- und Regionalregierungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten bereits eingegangen sind, insbesondere auf dem World Urban Forum Medellín 2014, dem Mailänder Abkommen über städtische Ernährungspolitik (MUFPP) 2015, der Erklärung von Seoul 2015, der Neuen Urbanen Agenda 2016 und der C40 Good Food Cities Declaration 2019;

9. *in der Erkenntnis*, dass Maßnahmen horizontal (über Politikbereiche hinweg) und vertikal (zwischen verschiedenen Regierungsebenen) aufeinander abgestimmt werden müssen, um die Entstehung nachhaltiger Ernährungssysteme zu beschleunigen;

10. *betonend*, dass es einer sektorübergreifenden, Mehrebenen- und Multi-Akteurs-Governance von Ernährungssystemen bedarf, damit nachhaltige und gerechte Ernährungssysteme entstehen können, und, dass dies erfordert, dass nationale Regierungen eine proaktive und konstruktive Rolle übernehmen;

11. *in Anerkennung* der Tatsache, dass Städte und Regionen dabei sind, eine ambitionierte Allianz für die Entwicklung nachhaltiger Ernährungssysteme zu bilden und, dass die schnell wachsende globale Bewegung der städtischen und regionalen Ernährungspartnerschaften einen einzigartig leistungsfähigen Mechanismus zur Umsetzung dieser Reformen bietet;

12. *in der Erkenntnis*, dass ohne begleitende Reformen der Gesetze und Verordnungen auf nationaler Ebene die Wirkung solcher Partnerschaften und Politiken begrenzt sein wird;

13. Verpflichten wir, die unterzeichnenden gewählten Oberhäupter subnationaler Regierungen, uns, im Vorgriff auf die 26. Vertragsstaatenkonferenz der UNFCCC in Glasgow, den Klimaschutz durch den Aufbau von und die Schaffung von Rahmenbedingungen für nachhaltige Ernährungssysteme zu beschleunigen, indem wir:

14. **ganzheitliche Ernährungspolitiken und -strategien** als Schlüsselinstrumente im Kampf gegen den Klimawandel **entwickeln und umsetzen**; sicherstellen, dass diese Instrumente einen Ernährungssystem-Ansatz verfolgen, der die Akteure in allen Teilen der Nahrungskette einbezieht; Messgrößen zur Bewertung von THG-Emissionsreduktionszielen aus Ernährungssystemen berücksichtigen sowie Möglichkeiten der Zusammenarbeit und des Austauschs bewährter Methoden Vorgehensweisen zwischen subnationalen Regierungen nutzen.

15. **Treibhausgasemissionen städtischer und regionaler Ernährungssysteme** in Übereinstimmung mit dem Pariser Abkommen und der Agenda 2030 **reduzieren** und nachhaltige Ernährungssysteme aufbauen, die in der Lage sind, Ökosysteme

wiederherzustellen und eine sichere, gesunde, zugängliche, bezahlbare und nachhaltige Ernährung für alle zu gewährleisten.

16. nationale Regierungen *auffordern*, unterstützende und förderliche politische Rahmenbedingungen und politikebenenübergreifende und Multi-Akteurs-Governance-Mechanismen zu schaffen, die eine koordinierte Entscheidungsfindung in Bezug auf Ernährungssysteme ermöglichen. Diese Mechanismen werden die Ausarbeitung inklusiver nationaler Ernährungspolitiken unterstützen, die in die Überarbeitungen der national festgelegten Klimaschutzbeiträge (NDCs) einfließen werden.

[1] IPCC (2019). Summary for Policymakers. In: Climate Change and Land: an IPCC special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems [P.R. Shukla, J. Skea, E. Calvo Buendia, V. Masson-Delmotte, H.- O. Pörtner, D. C. Roberts, P. Zhai, R. Slade, S. Connors, R. van Diemen, M. Ferrat, E. Haughey, S. Luz, S. Neogi, M. Pathak, J. Petzold, J. Portugal Pereira, P. Vyas, E. Huntley, K. Kissick, M. Belkacemi, J. Malley, (Hrsg.)].